

- DER PRÄSIDENT -

Herrn
Präses Nikolaus Schneider
amt. Vorsitzender des Rates der EKD
Herrenhäuser Straße 12
30419 Hannover

26. April 2010

Sehr geehrter Herr Präses Schneider,

zur Übernahme des Amtes des Vorsitzenden des Rates der EKD möchte ich Ihnen – wenn auch verspätet – die Glückwünsche der Deutsch-Israelischen Gesellschaft übermitteln. Auch ganz persönlich wünsche ich Ihnen in Ihrem verantwortungsvollen, neuen Amt Glück und Erfolg und vor allem Gottes Segen.

Leider muss ich Ihnen gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit als Vorsitzender der EKD unsere Sorgen über Entwicklungen in der evangelischen Kirche mitteilen, die zahlreiche Mitglieder in unserer Gesellschaft und insbesondere Mitglieder Ihrer Kirche zutiefst beunruhigen.

Die EKD und ihre Landeskirchen haben sich seit dem Ende des 2. Weltkrieges und nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur immer wieder vorbildlich und oftmals nach sehr langen und auch kontroversen Diskussionen bemüht, ihr Verhältnis zum Staat Israel auf theologisch, historisch und moralisch korrekte Weise zu definieren. Aus den breit geführten Diskussionen z. B. über die Barmer Erklärung von 1934, über Dietrich Bonhoeffer bis zu zahlreichen Erklärungen der einzelnen Landeskirchen kann man die Ernsthaftigkeit dieser Diskussionen dankbar verfolgen.

So darf ich aus der Rheinischen Erklärung der Evangelischen Kirche im Rheinland von 1983 zitieren:

„Wir verurteilen, wie in manchen Medien über die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten berichtet wurde. Wer Entscheidungen einer demokratisch legitimierten und demokratischer Opposition ausgesetzten Regierung – mag er sie für falsch oder verhängnisvoll halten – mit Begriffen wie Holocaust und Endlösung bezeichnet, beleidigt die Opfer der nationalsozialistischen Judenvernichtung Wir wehren uns

gegen einen neuen Antisemitismus, der sich als Antizionismus ... tarnt und mit kaum verhohlener Schadenfreude darauf hinweist, dass der Staat Israel durch seine militärischen Aktionen in Schuld verstrickt wurde.“

Auf der ersten gemeinsamen Reise des Rates der Evangelischen Kirche ins Heilige Land erklärte der damalige Ratsvorsitzende Bischof Wolfgang Huber am 11. Juni 2007 in Yad Vashem:

„Das immer wieder neue Aufflackern von Antisemitismus in Deutschland beschämt uns. Wir treten als Kirchen deutlich dagegen ein, in großer Solidarität mit den jüdischen Gemeinden und mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland Auch in Zukunft stellt sich die evangelische Kirche ihrer historischen Verantwortung, sie wird der erinnernden Wahrheit auch weiterhin die Ehre geben. Sie wird deshalb an der tiefen Solidarität mit Israel festhalten und sich an dem Bemühen um Gerechtigkeit und Frieden nach Kräften beteiligen.“

Diese bedeutungsvollen Aussagen, denen wir mit großem Respekt begegnen, stehen in einem krassen Widerspruch zu zahlreichen antiisraelischen, antizionistischen und teilweise antisemitischen Aktivitäten in ständig weiteren Kreisen der evangelischen Kirche in Deutschland. Ich nenne dafür folgende Beispiele:

1. Verbreitung des „Aufrufes palästinensischer Christen und Christinnen zur Beendigung der Besetzung“ vom 11. Dezember 2009. Dieser Aufruf macht völlig einseitig Israel für die Probleme und Opfer im Nahen Osten verantwortlich.
2. Die weltweite Aktionswoche für Frieden in Palästina und Israel, zu welcher der Ökumenische Rat der Kirchen aufruft. Auch dieser Aufruf ist fundamental israelfeindlich.
3. Der Rundbrief der Ökumenischen Initiative und des Evangelischen Bildungswerkes Bremen, der u. a. zur Debatte über den richtigen Weg zum Frieden im Nahen Osten aufruft und offenbar als zentrales Anliegen den Boykott von Waren aus den besetzten Gebieten ausweist.

Allen diesen Initiativen ist eines gemein: Israel ist an allem Schuld. Dass Israel noch heute bedroht ist und sogar von einem Mitglied der UN, dem Iran, wöchentlich mit der Zerstörung bedroht wird, dass Hamas und Hisbollah sich im Kriegszustand mit Israel wännen und entsprechend handeln, wird ausgeklammert, zur Seite geschoben, nicht zur Kenntnis genommen.

In dieses Bild passt das von der Evangelischen Akademie Bad Boll organisierte Seminar „Partner für den Frieden – Mit Hamas und Fatah reden.“, das nicht nur nach unserem Eindruck die Hamas salonfähig machen soll. Dass man mit solchen Aktionen die kompromissunfähigen Hamasleute eher ermuntert, „den Kampf gegen Israel solange fortzusetzen, bis der letzte Jude Palästina tot oder lebendig verlassen hat“, stört die Veranstalter offenbar nicht.



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

Sehr geehrter Herr Präses Schneider, von 1997 bis 2006 arbeitete ich in Diensten der Konrad Adenauer Stiftung für israelisch-palästinensische Friedensprojekte im Nahen Osten mit Sitz in Jerusalem. Dafür wurde ich von beiden Seiten hoch dekoriert (siehe www.johannes-gerster.de) Natürlich habe ich auch mit hochrangigen Hamasleuten geredet, ohne ihnen ein öffentliches Forum zu bieten, da sie - übrigens bis heute - Gespräche mit Israelis kategorisch ablehnen. „Jedes Gespräch mit Israelis stabilisiert den Staat Israel. Diesen wollen wir nicht stabilisieren sondern zerstören“ (so seinerzeit Scheich Yassin u. a.) Deshalb werden die Hamasleute, schon um ihres Lebens willen, in Bad Boll nicht für den Frieden sondern gegen Israel reden.

„Veritas facit Pacem!“ Wahrheit schafft Frieden! Was seit einiger Zeit nicht nur in Einzelfällen in den evangelischen Landeskirchen an Papieren zirkuliert und teilweise veranstaltet wird, hat mit der „erinnernden Wahrheit“ nur wenig und mit Propaganda gegen Israel sehr viel zu tun.

Natürlich weiß ich, dass gerade in der EKD das freie Wort in einer freien Gesellschaft geschätzt und die Gewissensfreiheit wesentliches Element evangelischer Theologie ist, was mir als katholischer Christ sehr sympathisch ist.

Gerade deshalb halte ich ein klarstellendes Wort der EKD für erforderlich:

Hat die über Jahrzehnte entwickelte Politik der Solidarität gegenüber Israel noch Geltung?

Trifft es zu, dass die o. g. Beispiele keinen Wandel in der Einstellung der EKD zu Israel und den Nahostproblemen einleiten, sondern eher abweichende Einzelmeinungen in der EKD widerspiegeln?

Wir möchten Ihre freundlich erbetene Antwort in unserem DIGmagazin veröffentlichen und bitten deshalb um eine Rückäußerung bis zum Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe, also zum 15. Mai 2010.

Für Ihr Verständnis danke ich und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Dr. h.c. Johannes Gerster